

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

254 (2.11.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. 6 Zeilenzeile 60 Pfennig. Bei Mehrzeiliger Anzeile nach Tarif, bei halbjährlicher oder jährlicher Abrechnung, bei gleichzeitiger Anzeile und bei Anzeile außer Kraft tritt 6 Pfennig. Bei Anzeile in der 1. Spalte der Anzeilen-Annahme 8 Pfennig vorzuzahlen.

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

50 Jahre Preis monatlich 2,50 Mark • Ohne Zustellung 2,20 Mark • Durch die Post monatlich 2,60 Mark • Einzelheft 10 Pfennig • Erscheint 6 mal wöchentlich Sonntag 11 Uhr • Postbestellnummer 2050 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Weidstraße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Postzustellnummer: Karlsruhe, Hauptstraße 9, D.-Dahm, Hauptstraße 12; Rastatt, Hauptstraße 2; Offenburg, Hauptstraße 4

Nummer 254

Karlsruhe, Montag, den 2. November 1931

51. Jahrgang

Die braune Mordpest

Naziminister Klages meuterte gegen den Reichsinnenminister — Klägliches Rückzug des Nazihelden — Naziführer Frick fordert zum Mord an Marxisten auf — Eine ungeheuerliche Provokation — Politische Treibereien hinter den Kulissen

Die parlamentarische Niederlage, die sich die Harzburger Fronte am 16. Oktober im Reichstage geholt hat, hat in diesem Lager zunächst nicht nur ungeheure Rüt und Enttäuschung, sondern auch lebhaftere innere Auseinandersetzungen hervorgerufen. Im Hitlerlager kam das insofern zum Ausdruck, als die SA-Beute die Möglichkeit wieder in unsichere Ferne gerückt haben, endlich den versprochenen Lohn für die blutigen und unblutigen Landstreichsdienste zu erhalten, während die schwerindustriellen Geldgeber, die Generale und mit ihnen der ganze sozialreaktionäre Haufen, sich nach der politischen Seite hin schwer enttäuscht fühlten. Hitler und sein Stab reizten speziell die kapitalistischen Geldgeber und die führenden deutschnationalen Spekulanten dadurch, daß sie nach der verlorenen Parlamentswahl ganz unerbötlich die allein ausschlaggebende Vormachtstellung in der Harzburger Fronte forderten und dazu die einfach blinde Gefolgschaft der anderen ebenfalls. Seit der Wahl in Anhalt ist man im Hitlerlager gegenüber den Verbündeten in der „nationalen Opposition“ noch herausfordernder geworden, so daß jetzt die Kreuzzeitung beginnt, energisch gegen die Vormundhaft der Nazis aufzumachen. Sie schreibt:

„Was zunächst die Nationalsozialisten anbetrifft, so mag hier die Person Hitlers vorerst aus dem Spiele bleiben. Seine politischen Trabanten von heute — vielleicht Gewaner von morgen? — überschlagen sich förmlich in ihrem Siegesrausch anlässlich ihrer Wahlerfolge und tun so, als ob sie allein, die Nationalsozialisten, die „nationale Opposition“ schlechthin darstellen.“

Wir müssen uns, und darin sind wir sicherlich mit allen ernsthaften Freiheitskämpfern einig, aufs schärfste dagegen wenden, daß nicht von nationalsozialistischer Seite Versuche unternommen werden, Ansprüche auf eine Vormachtstellung innerhalb der nationalen Front zu erheben, die in keiner Hinsicht gerechtfertigt sind. Noch befindet sich der Freiheitskampf im Stadium der Vorfeldschlacht, noch ist das Ziel nicht erreicht. Wer jetzt durch eine, sagen wir, herausfordernde Sprache Mißstimmung im nationalen Lager sät, verflüchtigt sich am nationalen Gedanken und trägt die Verantwortung für die unaussprechlichen Folgen eines derartigen Vorgehens. Alles kann schließlich nicht mit dem Agitationsbedürfnis einer jungen Partei entschuldigt werden.“

Während man also im deutschnationalen Lager noch so etwas von Mut im Leibe verspürt, sich nicht bedingungslos den Nazis hinzugeben, sieht offenbar der Führer der Deutschen Volkspartei, Herr Dingeldey, für sich und die Seinen keine andere Rettung mehr, als sich den Nazis unterzuordnen. In einer Rede, die er gestern abend in einer Wahlversammlung in Gießen hielt, forderte Herr Dingeldey die Beteiligung der Nazis an der Regierung und die sofortige Abkehr von der Sozialdemokratie. Unterdessen wird von einzelnen besonders dazu ausersehenen Nazis ganz eifrig das Zentrum umworben, und es wird fleißig darauf verwiesen, daß zwischen den Herren Hitler und Brüning schon seit längerer Zeit eine gewisse persönliche Fühlungnahme bestanden hätte und noch bestehe. So mußte der Naziabgeordnete Stöhr in einer Versammlung in München sehr demonstrativ erklären, die Nazis seien sofort bereit, mit dem Zentrum zu regieren, falls es sich „aus den Klauen des gottesläugnerischen Marxismus“ befreie. Während Naziführer in Reden und Zeitungsartikeln gelegentlich sagen müssen, man werde den Anschluß an das Zentrum und den Eintritt sowohl in die Regierung des Reiches wie in die Preußens schon in kurzer Zeit vollziehen können, sicher aber im Verlaufe des Winters, so müssen andere, je nach dem Gebiet, in dem sie sprechen, erklären, die Entscheidung werde erst bei der Reichspräsidentenwahl und bei der preußischen Landtagswahl im Mai nächsten Jahres fallen.

Eisher ist, daß seit dem 16. Oktober zahlreiche politische Kräfte in größtem Eifer daran tätig sind, eine große bürgerliche Front vor allen Dingen gegen die Sozialdemokratie aufzurichten, die sich im wirtschaftlichen Kampfe auch in denkbar größter Macht gegen die Gewerkschaften richten soll und die dem Ziel dient, durch möglichst rasche Zerschlagung der sozialen Schutzmaßnahmen für die Arbeiterschaft auch die Gewerkschaften in eine ohnmächtige Stellung niederzuzwingen. So enttäuscht das Schwerkapital über die bisherigen Erfolge der nationalen Opposition auch ist, es wirft noch einmal große Kapitalien aus, um die „nationale Opposition“ erneut kampfbereit und schlagfertig zu machen, damit die heutige Abwehrfront, die auch gleichzeitig die Existenz des Kabinetts Brüning bisher garantierte, durch die Zermürbungsstrategie erschöpft werden soll.

Daneben gehen noch allerlei andere Bestrebungen, wie sich aus dem Buche Hitlers bei Herrn von Hindenburg und aus dem zwei Bänden des Naziführers beim Generalleutnant von Schleicher klar ergibt. Und da ist nun das folgende außerordentlich bemerkenswerte: Während über den Besuch Hitlers

bei Hindenburg halbamtlich berichtet wurde, der Reichspräsident habe dem obersten Nazihäuptling ganz energisch ins Gewissen geredet, verkünden draußen die Naziagitatoren ihren Brauhenden, der Besuch habe einen genau umgekehrten Charakter gehabt: Hitler habe dem Reichspräsidenten ganz energisch den Standpunkt klar gemacht. Unser Münchener Parteiorgan ist dazu in der Lage, den folgenden interessanten Beitrag in der Samstagausgabe zu bringen:

„Am Montag, den 26. Oktober, sprach bei einem Sturmappell der Münchener Parteikreis, der wegen seines besonders rüden Tones bei den Nazis sehr beliebte Herr von Busch, nach seinen Ausführungen war es nicht so, daß etwa Hitler um eine Unterredung mit Hindenburg nachsucht hätte, sondern umgekehrt. Als Hitler bei Hindenburg eintrat, sei auch dessen Sohn und Adjutant Oberleutnant Hindenburg im Zimmer gewesen. Hitler habe sich bei einer Unterredung mit Hindenburg die Anwesenheit eines Dritten ganz entschieden verboten, worauf Hindenburg Hugs seinem Sohn die Tür gewiesen habe. Aber Hitler trat noch viel früher auf. Er, der ehemalige Gelehrte, dem Generalstabsoberst gegenüber. Was ist der auch gegen ihn? Wer, sagte er, Erzellen, hat den dem deutschen Volk geschworenen Eid gebrochen? Ja oder Sie? So erzählte Busch den stammelnden SA-Beuten, die erfüllt waren von Bewunderung über die Schneid ihres großen Führers, und die in einen Beiseitehören ausbrachen, als ihnen Busch versicherte, daß man so weit sei, daß auf Weihnachten der Reich nach Berlin angelehrt werden könne.“

Dieser Herr von Busch gehört zu den am meisten beschäftigten Rednern der Nazis, dessen widerliche Aufschneidereien und Schimpfereien von seinem vernünftigen Menschen ernst genommen werden, die aber bei maßlos verhetzten jungen Menschen sehr gefährlich wirken können. Dabei wird der Ansehens erwaht, als habe der Empfang bei Hindenburg die Nazibewegung gegen alle Beschränkungen immun gemacht und seien Polizei und Gericht nicht mehr zu fürchten.“

Wir sind nun fest überzeugt, daß Herr von Hindenburg ein solches Auftreten Hitlers weder geduldet noch hingenommen hätte, aber die Brauhenden müssen in Stimmung gehalten und es muß ihnen immer wieder eingeredet werden, welche unwiderstehliche Kraft von Hitler überall ausgehe, wo immer er auch auftritt. Für den Reichspräsidenten und für die seiner Ratgeber, die den Besuch Hitlers vermittelt haben, dürfte die mißbräuchliche propagandistische Ausnutzung dieses Besuchs durch Sturmtruppführer doch immerhin außerordentlich interessant sein.

Dazu kommt noch etwas anderes und immerhin sehr ernstes: Wie erinnertlich, hat der braunschweigische Innenminister Klages unser dortiges Parteiorgan auf acht Wochen verboten. Nach tagelangem Zögern hat Herr Goener als Reichsinnenminister das Verbot auf acht Tage beschränkt. Schon das war bereits mehr als seltsam, denn die Beschränkung auf einige Tage enthielt doch auch die amtliche Befundung des Reichsinnenministers, daß auf ein paar Tage unser braunschweigischer Blatt deshalb verboten werden könne, weil es die skandalösen Vorgänge bei der braunschweiger Nazitagung in gebührender Weise gebraucht hat. Was aber nunmehr am Samstag erfolgte, geht doch über alles das hinaus, was sich bisher die Nazis in der Verhöhnung der Reichsregierung geleistet haben und leisten dürfen. Der Innenminister Klages hat dem Verlag des Volksfreund in Braunschweig kurzerhand mitgeteilt, daß das Blatt trotz der Aufhebung des Verbots durch den Reichsinnenminister bis zur Entscheidung des Reichsgerichts nicht erscheinen darf. Also eine glatte und in der denkbar höhnlichsten und verletzendsten Form abgegebene Kriegserklärung des Naziministers eines Staates gegen ein Mitglied der Reichsregierung und gegen diese selbst.

Der Naziminister Klages hat bereits am Sonntag einen Rückzug antreten müssen. Am Sonntag morgen mußte er unter dem Druck des Reichsinnenministers einen klägliches Rückzug antreten, und auf den zweiten Satz seiner Verfügung, nach dem der Volksfreund „zunächst noch nicht erscheinen“ sollte, verzichtete. Der Volksfreund wird also am Montag wieder erscheinen, und die Mißfaten des Herrn Klages in letzter Zeit bzw. seinen Reinfall in das gebührende Licht rücken. Die Rückzugsverfügung des Herrn Klages lautet:

„Auf Erlauchen des Reichsministers des Innern, das mir heute fernmündlich durch die braunschweigische Landeshauptstadt übermittelte wurde, nehme ich meine Mitteilung vom gestrigen Tage, nach der der Volksfreund bis zur Entscheidung des Reichsgerichts nicht erscheinen dürfe, hiermit zurück, allerdings nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt aller Rechte insbesondere der Entscheidung des Reichsgerichts. Hiernach habe ich bis auf weiteres nichts dagegen einzuwenden, wenn der Volksfreund ab morgen wieder erscheint.“

Warum dieser Rückzug? Er ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß der braunschweiger Volksfreund am Mon-

tag auch trotz des neuesten Verbots des Herrn Klages erschienen wäre, und zwar in diesem Falle gemäß der Entscheidung des Reichsinnenministers. Die braunschweigische Regierung ist darauf von den zuständigen Berliner Stellen ausdrücklich aufmerksam gemacht worden. Es hätte sich also für den Fall, daß die letzte Verfügung des Naziministers Klages aufrechterhalten werden könnte, der Zustand ergeben, daß der Volksfreund erschienen wäre, Klages die Ausgabe in Durchführung seiner Anordnung hätte beschlagnahmt und der Reichsminister des Innern dann gemäß seiner Anordnung über die Verkürzung des Volksfreundverbots bestimmte Maßnahmen zur Sicherstellung der Zeitung für die Abonnenten hätte ergreifen müssen. Auf diese Konsequenz hat es Klages nicht antworten lassen. Er ist zu Kreuze gezogen und hat seine Verfügung zurückgezogen, obwohl er sich von allem Anfang an bei einiger Ueberlegung hätte im klaren darüber sein müssen, daß sein Affront gegen den Reichsinnenminister mit einem klägliches Fiasko enden würde.

Aber was heißt bei einem Naziminister Ueberlegung? Wie Klages hat auch der Naziminister Frick in Thüringen darauf losverfügt, und in Ermangelung eines klaren Verstandes seinen Gefühlen freien Lauf gelassen. Das Ende war, daß auch er einen Rückzug nach dem andern antreten mußte. Das ist eben nationalsozialistisch. Nur stelle man sich vor, was erst werden sollte, wenn die Herren von „dritten Reich“ in der Außenpolitik so haufen dürften, wie sie es zur Zeit in Braunschweig können und früher in Thüringen geduldet haben.

Verbotsorgien in Braunschweig

Es geht aber auch sonst lustig zu im Staate Braunschweig. Die Sozialistische Arbeiterjugend wollte am Samstag einen Werbeausmarsch veranstalten. Sofort erfolgte ein Verbot. Der Beauftragte der Sozialistischen Arbeiterjugend begab sich darauf zu Herrn Dr. Pini, um von diesem die Verbotsgründe, die gegen die Veranstaltung des Werbeausmarsches sprachen, zu erfahren.

Herrn Dr. Pini erklärte, daß eine Verfügung des Herrn Klages erschienen sei, wonach „amtliche Veranstaltungen unter freiem Himmel, sowie alle Umzüge, die vom Reichsbanner oder anderen marxistischen Organisationen veranstaltet werden sollen, zu verbieten seien. Auf die Anfrage, aus welchen Gründen dieses Verbot erlassen sei, antwortete Herr Dr. Pini: „Herr Minister Klages ist der Ansicht, daß alle marxistischen Organisationen unterdrückt werden müssen.“

Die Mordhege des Naziführers Frick

Dieser Meldung aus Braunschweig braucht bloß noch die weitere aus Frankfurt a. O. hinzugefügt zu werden, die folgendes berichtet:

„Hier sprach der nationalsozialistische Reichstagsabg. Frick in einer öffentlichen Kundgebung. Die Versammlung war sehr stark von uniformierten SA-Beuten besetzt. Die Polizei schritt gegen die Uebertretung des Uniformverbots nicht ein.“

In dieser Kundgebung sagte Frick: Nach dem „vorbildlichen italienischen Muster“ werden die Nationalsozialisten 24 Stunden nach ihrer Machtergreifung den Marxismus „mit Stumpf und Stiel ausrotten“, was nicht durch Polizei oder auf gesetzlichem Wege, sondern durch den „Volkssorn“ geschehe, wobei „natürlich einige zehntausende von marxistischen Funktionären zu Schaden kommen werden.“

Die Arbeiterschaft erblidete in dieser Rede eine einzige große Mordhege gegen die Funktionäre der Arbeiterschaft, und sie fragte empört, wo der Schutz des Staates dagegen liege.“

Wir lassen für heute allein die Wiedergabe der Nachrichten werden. Es wird aber umgehend und ganz klar Stellung zu dem reichs- und staatszerstörenden Treiben der Nazis genommen werden müssen; sowohl vom Parteivorstand wie von der Reichstagsfraktion.

Waffen im Stahlhelmheim

Fürstenwalde, 1. Nov. Der erste Bürgermeister von Fürstenwalde hat nach Waffenfunden im Erwerbslosenheim des Stahlhelms auf Grund der Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sowohl das Erwerbslosenheim des Stahlhelms als auch das der Nationalsozialisten polizeilich schließen lassen.

Landkreiswahlen in Mecklenburg-Schwerin

Nazis schlugen bürgerliche Parteien

Schwerin, 2. Nov. In Mecklenburg-Schwerin haben gestern die Wahlen zu den Amtsverwaltungen (Landkreistagen) stattgefunden. Die Nationalsozialisten haben die Gewinne erhalten, wie wir sie in letzter Zeit auch bei sonstigen Wahlen beobachten konnten. Die Sozialdemokraten haben mit Ausnahme eines Amtes, in dem sie einen Stimmengewinn von 15 Prozent verzeichnen konnten, stark an Stimmen verloren. Die Stimmenzunahme der Kommunisten ist geringer als man im allgemeinen erwartet hatte. Sie beträgt in einigen Kreisen zwischen 10 und 12 Prozent. In zwei Kreisen sind nach den vorläufigen Ergebnissen geringe Verluste der Kommunisten festzustellen. Die bürgerlichen Parteien verloren 20 bis 70 Prozent ihres Wählerbestandes, und zwar überwiegend an die Nationalsozialisten. Man wird bei dieser Gegenüberstellung berücksichtigen müssen, daß die Wahlbeteiligung bei diesen Kommunalwahlen im allgemeinen nicht so stark war wie bei der letzten Reichstagswahl.

Die bemerkenswertesten Einzelresultate der Amtsvertreterwahlen sind:

Amte Walschin: Sozialdemokraten 7606 (bei der Reichstagswahl 10 165), Nationalsozialisten 10 625 (6906), Bürgerliche Einheitsliste 5265 (null), Kommunisten 2839 (2506). Die Mandate verteilen sich wie folgt: Sozialdemokraten 7, Nationalsozialisten 10, Bürgerliche Einheitsliste 5, Kommunisten 2.

Amte Parchim: Nationalsozialisten 11 388 (7280), Sozialdemokraten 6026 (7557), Kommunisten 2030 (2260), Liste für ländliche Wähler 1020 (null), Nationale Liste für Stadt und Land 2386 (null), Mandate: 12 Nationalsozialisten, 6 Sozialdemokraten, 2 Kommunisten, 1 Einheitsliste für ländliche Wähler und 2 Nationale Liste für Stadt und Land.

Amte Güstrow: Sozialdemokraten 8093 (9388), Kommunisten 3003 (2704), Nationalsozialisten 10 501 (4867), Bürgerliche Einheitsliste 2771 (null), Mecklenburgische Heimatliste 693. Mandate: 8 Sozialdemokraten, 3 Kommunisten, 10 Nationalsozialisten, 2 Bürgerliche Einheitsliste und 0 Mecklenburgische Heimatliste.

Amte Schwerin: Nationalsozialisten 7888 (3644), Mecklenburgische Heimatliste (Bürgerliche Einheitsliste) 2188 (null), Kommunisten 719 (607), Sozialdemokraten 5424 (6589). An Mandaten erhielten die Nationalsozialisten 9, die Mecklenburgische Heimatliste 2, die Kommunisten 0 und die Sozialdemokraten 6.

Amte Ludwigslust: Kommunisten 2279 (1872), Mecklenburgischer Bauernverein 1135 (null), Sozialdemokraten 7027 (6982), Liste für Hundeb., Handwert und Beamte 2263 (null), Nationalsozialisten 8040 (6882), Landvolkliste 2188 (null).

Amte Bismarck: Sozialdemokraten 6999 (8361) Stimmen, 8 Sitze, Kommunisten 1737 (1525) Stimmen, 2 Sitze, Nationalsozialisten 7723 (4398) Stimmen, 8 Sitze, Bürgerliche Einheitsliste 1073 (null) Stimmen, 1 Sitz, Nationale Wirtschaftspartei 2684 (null) Stimmen, 3 Sitze.

Betrachtet man das Ergebnis, so zeigen die Wahlen das Bild aller in letzter Zeit vorgenommenen Abstimmungen: Eine starke Radikalisierung der Wählermassen. Vor allem haben die Nazis im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen ihre Stimmziffern noch beträchtlich gesteigert. Ihr Sieg aber geht nicht auf Kosten der „marxistischen“ Parteien, sondern auf Kosten der bürgerlichen Mitte.

Nazi erschließt Kommunisten

Schwerin, 2. Nov. In den frühen Morgenstunden des Sonntags kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Bad Doberan, bei dem zwei kommunistische Arbeiter von einem Nationalsozialisten erschossen wurden. Die Kommunisten waren gegen 4 Uhr morgens mit dem Ansehen von Wahlzettel beschäftigt, als sie von einigen Nationalsozialisten überfallen wurden. Nach kurzem Wortgefecht zog der nationalsozialistische Maschineningenieur Walter Gaebele plötzlich einen Revolver aus der Tasche und gab mehrere Schüsse auf die kommunistischen Arbeiter Bohm und Klöding ab. Während Bohm zwei Schüsse in die rechte Seite erhielt, traf Klöding ein Schuß in die Wangengegend. Bohm brach sofort tot zusammen, Klöding, der noch schwache Lebenszeichen von sich gab, erlag auf dem Wege zum Krankenhaus seinen schweren Verletzungen.

Der Täter steckte seine Pistole unauffällig in die Hosentasche, worauf ihm ein Schuß in der Tasche losging und in den rechten Oberschenkel drang. Gaebele mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Die Polizei hat sofort die beiden toten Kommunisten nach Wahlen durchsucht. Wie sie mitteilt, sind bei diesen keine Waffen gefunden worden. Die Polizei erklärt weiter, daß nur von Gaebele Schüsse abgegeben worden seien.

Delikatessen und Kohlkost

Zwei Arten von Nazipressedienst

Der Nazipressedienst erscheint seit einigen Tagen in einem amtlichen und einem nichtamtlichen Teil. Dazu bemerkt das Berliner Tageblatt:

„Diese Trennung kann sich als überaus nützlich erweisen. Man wird also in Zukunft im ersten Teil wohl die delikateren Speisen vorgesetzt bekommen, die dem neuerdings verfeinerten Geschmack der Parteileitung entsprechen, im zweiten aber die raubere Kost, die man für Massenbesprechungen bereithält. Der Unterschied zwischen dem amtlichen und dem nichtamtlichen Teil kann unter Umständen kaum geringer werden als der zwischen den Köchen der Hotels, in denen der Parteiführer zu verkehren pflegt, und der Verpflegung der S.A.-Leute.“

Der Brest-Litowsker Prozeß

Schwereratsanklagen aus Revanchepolitik

Warschau, 31. Okt. (Eig. Bericht.) In dem Prozeß gegen die Särlinge von Brest-Litowsk erklärte der angeklagte Bauernführer Dr. Rutek, er habe bei seiner Verhaftung die Bitte der zur Internierung bestimmten Parlamentarier gelesen. Sie sei von Blüchli selbst angefertigt worden. Sein Name und derjenige des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Brause sei von dem damaligen Innenminister Skladkowski hinzugefügt worden, offensichtlich als Revanche dafür, daß sie beide kurz vorher im Parlament eine Besetzung eines Untersuchungsausschusses über die Wahlmissbräuche der Verwaltung durchgesetzt hatten.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kamen die ersten Belastungssagen zum Wort und zwar zunächst zwei höhere Beamte des Innenministeriums. Einer von ihnen, der Bismarcker Stamirowski, war früher Mitglied der Sozialistischen Partei. Er griff die sozialistische Internationale besonders gebissig an, weil sie angeblich eine Grenzrevision zum Schaden Polens betriebe und ihre politischen Gefinnungsfreunde durch Geldunterstützungen aus dem Matteotifonds in diesem Sinne beeinflussten. Dem Zeugen wurde jedoch von der Verteidigung nachgewiesen, daß er die Broschüre von Wandervelde, die er als Beweis anführte, überhaupt nicht gelesen hatte und die Informationen der Berliner polnischen Gesandtschaft über den Vortrag des Sozialisten Cielozki in Berlin in hohem Widerspruch zu den Berichten der Berliner Presse aller Richtungen über diesen Vortrag stehen.

Der Stillhalteauschuß des Wirtschaftsbeirats berät

Die Gewerkschaften protestieren gegen ihre Ausschaltung

Wie wir erfahren, ist der Stillhalteauschuß des Wirtschaftsbeirats Samstag in der Reichskanzlei zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Diesem Ausschuß gehören die Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Dr. Pferdenges, Dr. Schmitt, Dr. Schmitz und Dr. Silberberg an, zu denen noch einige Bankfachverständige berufen wurden.

Die Vertreter der Gewerkschaften im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung haben sich beim Reichskanzler Dr. Brüning darüber beschwert, daß kein Vertreter der Arbeiterchaft in den Unterausschuß für das Stillhalteabkommen berufen wurde.

Der Kanzler hat den Gewerkschaften angeklagt, daß er Sachverständige aus ihren Reihen auch zu diesen Verhandlungen hinzuziehen werde.

Im übrigen sind sich die Gewerkschaftsvertreter darüber schlüssig geworden, innerhalb des Wirtschaftsbeirats möglichst gemeinsam aufzutreten.

Die Reichsindexziffer

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Oktober auf 133,1 gegen 134,0 im Vormonat.

Die Großhandelsindexziffer hat mit 107,4 gegenüber der Vormonats um 0,1 Prozent angezogen.

Arbeitslosen-Versicherungsfeindschaft im Reichsstädtebund

Der Vorstand des Reichsstädtebundes hat in seiner letzten Sitzung wie der Landgemeindegau bereits vor Wochen, ebenfalls eine Entschließung angenommen, nach der die Arbeitslosenversicherung vorgehend aufgehoben werden soll.

Diese Pläne müssen mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, wie dies auch bereits der Sachverständigenkreis des Reichsarbeitsministeriums tat.

Englands Finanzmilere

London, 31. Okt. Die Bank von England hat heute den angekündigten Verkauf von 15 Millionen Pfund Barren Gold durchgeführt. Dies ist die größte Goldmenge, die die Bank von England jemals an einem einzigen Tage abgeben hat.

Die Nachricht hat trotz optimistischer Kommentierung einen belämmenden Eindruck an der Börse gemacht. Der Pfundkurs ist weiter zurück gegangen und zwar von 3,86 1/4 Dollars bei Schluß der gestrigen Börse auf 3,82 1/2. Auch festverzinsliche Regierungswerte gingen zurück. Deutsche Anleihen lagen fester und erholten sich von ihren gestrigen Rückgängen.

Daily Herald warnt vor einem englischen Zolltarif

London, 1. Nov. Daily Herald veröffentlicht einen Artikel über die schwierige Lage Mitteleuropas und warnt davor, die Schmierarbeiten durch die Einführung eines Zolltarifs in England noch zu vergrößern.

Eröffnungssitzung des englischen Parlaments

London, 1. Nov. Die Vereiniung der neuen Unterhausmitglieder wird am Mittwoch erfolgen und zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen.

Der Sklarek-Prozeß

Berlin, 31. Okt. In der heutigen Sitzung des Sklarek-Prozesses berichtete der Angeklagte Deener u. a., daß er mit den Brüdern Sklarek freundschaftliche Beziehungen angeknüpft habe, als seine Frau im Frühjahr 1927 erkrankte.

Der Angeklagte Deener sagt aus, an ihm hätten sich die Sklarek-Gemahnde, als König Amanullah und König Fuad nach Berlin kamen, weil sie für sich und ihre Angehörigen Einladungskarten haben wollten.

Zum Schluß der heutigen Sitzung wurde der angeklagte Bürgermeister Schneider vernommen, der an der Spitze des Bezirksamtes Mitte stand. Wie er betont, hat er die Sklareks bei einer Veranstaltung im Hotel Eplanade kennen gelernt, wo sie mit Buchs und Wolf und anderen geladenen Herren zusammenkamen. Am selben Abend habe er, Schneider, noch mit den Sklareks, sowie mit dem Uba. Wolf Duzfreundschäft geschlossen. Schneider bestreitet, zugunsten der Sklareks irgend jemand beeinflusst zu haben.

Neuer französischer Großsender

Paris, 1. Nov. Am 13. November wird die erste große französische Radiosendestation Paris in St. René Sonore ihren Betrieb aufnehmen. Sie besitzt eine Sendeleistung von 85 Kilowatt und soll neben den Sendern von Warschau, Prag und Moskau einer der stärksten europäischen Sender sein.

Der Schultheiß-Skandal

Jakob Goldschmidt und Friedrich Keinhart „Internationale“ und „nationale“ Bankdirektoren sind einander würdig

Der Schultheiß-Skandal nimmt immer größere Ausmaße an. Wie bei der Nordwolle taucht jetzt auch bei Schultheiß-Bahnhof-Diwerte eine holländische Gesellschaft auf. Diese holländische Gesellschaft — bei der Nordwolle war es die Ultramarine — führt den liebtlichen Namen „Nutria“. Niemand in Deutschland hat bis jetzt etwas von der „Nutria“ gemerkt. Sie soll auch bei Bahnhöfen erst nach der Fusion mit den Diwertwerken entdeckt worden sein. Diese „Nutria“, Spekulationsgesellschaft und Vertriebsabteilung, hatte Diwertwerken im Besitz, die mit einem hohen Kurs zu Buch standen. Der hohe Buchwert wurde freilich geheim gehalten. So täuschte man eine Liquidität vor, die nicht vorhanden war.

Mit diesen Täuschungen wird sich die Staatsanwaltschaft in den nächsten Tagen zu beschäftigen haben. Der Deutsche Volkswirt untersucht jetzt das Effektenkonto und die Bankguthaben bei Schultheiß und muß feststellen, daß das Effektenkonto, obwohl keine neuen Effektenengagements eingegangen worden sind, um 26 Millionen Mark zugenommen hat. Die Bankguthaben verminderten sich jedoch um denselben Betrag. „Diese Holdingsgesellschaft ist welterschmeißerische Engagements in großem Umfang eingegangen oder hat Wirklichkeiten für solche Engagements einer Tochtergesellschaft übernommen.“

Also auch hier hat wahnwitzige Spekulation ein

Exekutivausschuß in der zweiten Internationale tagt

Paris, 1. Nov. Der Exekutivausschuß der zweiten Sozialistischen Internationale hält gegenwärtig in Paris eine Tagung ab. Die Deutsche Sozialdemokratische Partei ist durch Hilferding und Wels, die österreichische durch Otto Bauer und die belgische Arbeiterpartei durch Vandervelde vertreten.

In den beiden Sitzungen wurde über die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Stellungnahme der sozialistischen Internationale zu diesem Problem gesprochen. An der Nachmittags-sitzung nahmen gemäß einem am Vormittag gefassten Beschluß auch Jouhaux (CGT), Tarnow, Schweiger und Arons (ADGB) teil, von denen Jouhaux und Tarnow Mitglieder der deutsch-französischen Wirtschaftskommission sind. Am Sonntag wurde über die gemeinsame Abrüstungsaktion der Arbeiter-Internationale und der Gewerkschafts-Internationale und über organisatorische Fragen verhandelt.

Der Beginn der Rüstungspause

Am 1. November beginnt die Rüstungspause, die die Septemberversammlung des Völkerbundes nach eingehender und bewegter Debatte im Abrüstungsausschuß der Vollversammlung beschlossen hat. Nunmehr haben auch Frankreich und Deutschland zugestimmt, so daß alle Großstaaten einverstanden sind.

Die deutsch-schweizerischen Handelsvertrags-Verhandlungen

Bern, 1. Nov. Die deutsche Gesandtschaft hat heute dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement zur Kenntnis gebracht, daß die deutsche Regierung bereit ist, die für die Kündigung des schweizerisch-deutschen Handelsvertrages bestehende Frist von drei Monaten auf zwei Monate herabzusetzen, um so den Beweis zu geben, daß die deutsche Regierung keine Willkür unversucht lassen will, einen Bruch zu vermeiden.

Die Letzte nehmen das Krankentassenabkommen an

Veisla, 1. Nov. Der Verband der Letzte Deutschlands (Hartmann-Bund) hat heute auf seiner Hauptversammlung das Abkommen mit den Krankentassen angenommen.

Neue Notverordnung in Bayern

Die zweite bayerische Notverordnung sieht u. a. vor Erhöhung des Schulgebühren an den höheren Unterrichtsanstalten, Kürzung der Beamtengehälter und Pensionen, Auflösung des Staatsministeriums für Landwirtschaft, des Oberlandesgerichts Augsburg, mehrerer Landgerichte, Zulassung mehrerer Regierungsbezirke usw.

Explosionsunglück auf einer schottischen Kohlengrube

London, 1. Nov. Eine schwere Explosion, die sich auf der Bombfischgrube in der Grafschaft Shetland ereignete, forderte zehn Menschenleben. Es gelang noch nicht, die Leichen zu bergen.

Freistaat Baden

Spionageverdachtverhaftung in Kehl

Kehl, 31. Okt. Unter dem Verdacht der Spionage wurde hier der Schuhmacher Richard Kuhmaul und seine Ehefrau festgenommen. Die Verhaftung erfolgte, nachdem schon vor einiger Zeit eine Frau Grämann und ihr Sohn, der in Donaueschingen bei der Reichswehr steht, wegen des gleichen Verdachts verhaftet worden waren. Ein weiterer Mitarbeiter, der Kaufmann Kiermann, konnte nach Straßburg entkommen. Ob diese Angelegenheit mit dem Spionagefall des früheren Offenburger Polizeibeamten Karl Gerber zusammenhängt, der schon längere Zeit wegen Spionageverdachts zugunsten Frankreichs in Untersuchungsbast fest, war nicht in Erfahrung zu bringen, da die Untersuchungsbehörden über den ganzen Vorgang strengstes Stillschweigen bewahren.

Pfarrer Senn amtiert wieder

Wir lesen in der Freiburger Volksmacht: Die Suspendierung des katholischen Pfarrers Senn in Säckingen (Amt Bretten) wegen seiner Broschüre „Katholizismus und Nationalsozialismus“ ist aufgehoben worden, nachdem sich Pfarrer Senn der Kirchenbehörde unterworfen hat. Nachdem sich Pfarrer Senn am Sonntag hat Pfarrer Senn wieder den Gottesdienst gehalten.

Gewerkschaftliches

Verbindlichkeitserklärung im Reichsbahnlohnstreit

Berlin, 31. Okt. Im Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft ist der Schiedspruch vom 27. Oktober für verbindlich erklärt worden.

Kündigung des Lohnabkommens in der Schuhindustrie

Berlin, 31. Okt. Der Reichsverband der deutschen Schuhindustrie hat in seinem und im Namen der anderen am Reichstarifvertrag beteiligten Arbeitgeberverbände das geltende Lohnabkommen zum 30. November 1931 gekündigt. Von den Arbeitgeberverbänden der Schuhindustrie wird eine Herabsetzung des Mindestlohnabkommens für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I von 90 auf 75 Pfa. im übrigen gestaffelt nach den Bestimmungen des Haupttarifvertrages im gleichen prozentualen Verhältnis gefordert.

Lahusen - Löwenstein - Textilprolet

Es geht ein Raunen durch den Wälderwald; allerorts konnte man von Kündigungen des Lohnabkommens in der Textilindustrie hören. Und das man vor kurzem dem Zusammenbruch der Nordwolle, von Blumenstein und Corbs, was wunder auch, wenn man auch nicht damit dokumentieren wollte, daß es um die Industriekapitalien wirklich schlecht bestellt ist. Das Eingreifen des republikanischen Staates zur Sanierung der durch diese Skandale vor dem Ruin stehenden Banken dürfte aber nicht als wohlwollende Geste dem Kapital gegenüber zu betrachten sein, sondern es handelte sich darum, die Existenzfrage Zehntausender der durch falsche Spekulation Betroffenen zu sichern. Was kümmern sich die Vertreter in den Gläubigerversammlungen zur Verwaltung der Konkursmasse um die Schicksalsfrage des Lohnproletariats, wenn ihr einziges Ziel darauf gerichtet ist, soviel wie möglich aus der Konkursmasse herauszuholen, um einigermaßen die mit in den Strudel gerissenen Aktionäre zu befriedigen. Was kümmert die Aktionäre der Schrei der Textilproleten nach Brot und Arbeit, wenn sie nur darauf bedacht sind, aus deren Hände Arbeit möglichst viel Dividenden herauszuholen zu können.

Der Zusammenbruch der Nordwolle stellte 25 000 Arbeiter und Angestellte vor die Existenzfrage; die Danat- und Schröderbank wurden mit in den Strudel gezogen. Hunderttausende Spaziergänger um ihre Einlagen, gar mancher Kleinrentner stand vor dem Ruin, und plötzlich schrie man nach Staatshilfe unter der Parole: Uns die Profite, dem Staat die Defizite! 240 Millionen Verluste weist Lahusen, Geschäftsführung auf, und wenn man hört, daß dieser Kapitalismus noch nebenbei Finanzquelle des Dritten Reiches war, daß man sich zum Schloßherrn und Rittergutbesitzer aufschwingen konnte, dann erst begriff man, wie „notwendig“ (!) es erscheint, von Seiten des Textilgewaltigen an einen neuen Lohnabbau zu denken.

Noch näher interessiert uns der Blumenstein-Konkurs, zu dem auch die Textilfabriken im Umland zählten. Er ist einer jener typischen Inflationsgebilde, das sich nicht nur auf die Textilbranche beschränkt, sondern auch noch sein Glück bei Beteiligungen an Mühlen und Waagengesellschaften verfuhr. Beteiligungen an ausländischen Banken, in der Zellulose- und Papierindustrie seien auch noch erwähnt. Als der Blumenstein-Konkurs erklärte, daß er seinem englischen Anleihegläubiger die fällige Oktoberrate schuldig bleiben muß, war dessen Schicksal besiegelt.

Soffentlich sieht man endlich aus derlei Geschäftsgebahren auch einmal bei der Reichsregierung die Konsequenzen und stellt die Weltanschauung endlich einmal unter Kontrolle.

Leidtragender ist und bleibt immer wieder bei derartigen kapitalistischen Manipulationen der Textilprolet. Rufft er doch Gefahr, von heute auf morgen der Straße preisgegeben zu werden. Sicherlich wird man auch von Arbeitgeberseite bei kommenden Tarifverhandlungen mit dem Märchen der „Zusammenbrüche“ operieren und einseitig und allein die „gewaltigen“ Löhne des Textilproletariats als deren Ursache ins Feld führen. Kein menschlich begriffbar man ja, daß man in feinspinnenden Seffeln, unter dem Scheine eines kostbaren Konzepts, in heimeligen Herrschaftszimmern der Generaldirektoren nicht das Gespenst der Not des Proletariats sieht, sondern nur die Verantwortung gegenüber geldhungrigen Aktionären kennt. Und wenn der Industriegewaltige in einer Rede in Amerika den Bericht auf den Sozialismus als Besserung des Wirtschaftslebens kennzeichnet, setzt dies ja, mochte der Weg der „Haraburger“ führt.

Karl Marx prägte den Satz: „Die Befreiung der Arbeiterklasse ist ihr eigenes Werk.“ Ist es nicht gerade in heutiger Zeit notwendiger denn je, daß man diesen bedeutsamen Satz auch dem Textilproleten ins Gedächtnis ruft? Neuer Lohnraub steht vor der Tür, fester Zusammenschluß seitens des Proletariats ist geboten, schließt enger die Reihen um den Deutschen Textilarbeiterverband, damit bei kommenden Verhandlungen der Verband gestärkter denn je dasteht, und eine Macht repräsentiert, mit der das Unternehmertum zu rechnen hat.

Was der schärfsten Textilindustrie. Die vor dem Schlichter für Mitteldeutschland am Freitag in Leipzig stattgefundenen Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne der ostfälischen Textilindustrie brachten keine Einigung zwischen den Parteien. Am nun einen tariflosen Zustand zu vermeiden, wurde vereinbart, daß der am 30. Oktober bestehende Rechtszustand bis fünf Tage nach dem vom Schlichter anzuberaumenden Termin für die Verhandlungen der Schlichterkammer unverändert weiter gilt. Am kommenden Donnerstag beginnen die Schlichtungsverhandlungen für Westfalen.

Die Schlichtungsverhandlungen für die Reichspost sind auf den kommenden Dienstag anberaumt. Regierungsdirektor Dr. Friedländer-Stettin soll auch den Lohnkonflikt bei der Reichspost schlichten.

Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat den Vorschlag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die Lohnverhandlungen für Berlin erst nach den Verhandlungen des Wirtschaftsbereiches durchzuführen, angenommen. Die Arbeitgeber teilten am Freitag der Ortsverwaltung des DMB mit, sie hätten beschlossen, den am 31. Oktober ablaufenden Lohnstreit bis zur Entscheidung eines Schiedsgerichts, jedoch nur bis zum 15. November indistens in Geltung zu lassen.

Die Reichslohngruppe Versicherungsanstalten im Zentralverband der Angestellten gibt als Ergebnis der diesjährigen Betriebsratswahlen im Versicherungssektor von den bis jetzt erfolgten 114 Betrieben mit rund 19 000 Angestellten folgende Zahlen bekannt: Gewählt wurden 564 Betriebsratsmitglieder. Davon entfallen auf den Zentralverband der Angestellten 229 Sitze = 40,66 Prozent, DMB 140 Sitze = 24,82 Prozent, Gebda 92 Sitze = 16,31 Prozent, ADL 88 Sitze = 9,40 Prozent, Untergewählte 45 Sitze = 7,98 Prozent, AGD 3 Sitze = 0,53 Prozent, NSDAP 2 Sitze = 0,36 Prozent. — In 27 Betrieben besteht der DMB, mit 66 Betriebsratsmitgliedern den Betriebsrat allein. In 21 Betrieben besteht er mit 80 von 118 Betriebsratsmitgliedern die Mehrheit.

Schiedspruch für Gemeindearbeiter und Straßenbahner

4 1/2 Prozent Lohnkürzung - Einmütige Ablehnung

Berlin, 2. Nov. (Funddienst.) In den frühen Morgenstunden des 1. November fällte die Schlichterkammer im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Schlichters Dr. Friedländer einen Schiedspruch, der sämtliche am 31. Oktober ablaufenden Bezirkslohnverträge und örtliche Lohnverträge und Lohnregelungen mit Wirkung vom 1. November 1931 wieder in Kraft setzt. Der Spruch für das Einkommen von rund 315 000 Gemeindearbeitern und Straßenbahnern um 4 1/2 Prozent. Die vielschritten Lohnskalaufen der Tarifverträge, die bei einer gewissen Verkürzung der Arbeitszeit die damaligen Stundenlöhne ausreicht erhielten, sind darauf abgeändert worden, daß ihre Bestimmungen ab 1. 11. 31 nur auf die am 1. November 1931 in den Betrieben beschäftigten Arbeiter anwendbar werden, die 46 Stunden und weniger ab 1. 1. 1932 44 Stunden und weniger arbeiten. Für gewisse Betriebe, in denen besondere Verhältnisse vorliegen (Pflegeanstalten, Forstarbeiter, Straßenbahner) können die Parteien bei der Stundenlöhne eine den bestehenden Verhältnissen angepaßte Abänderung im Einverständnis miteinander vereinbaren. Diese Regelung kann mit einmütiger Zustimmung zum Monatslohn erstmals zum 31. 3. 1932 gekündigt werden.

Die Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands haben durch diesen Schiedspruch im Laufe des Jrs. zum dritten Male eine Lohnkürzung über sich ergehen lassen müssen. Die direkten Lohnkürzungen betragen damit etwa 18-19 Prozent. Darüber hinaus sind durch Arbeitszeitveränderungen Lohnkürzungen eingetreten, die trotz der Sicherungslaufeln das Einkommen zahlreicher Gemeindearbeiter und Straßenbahner um ein Drittel verringert haben.

Wir haben in früheren Mitteilungen auf diese Dinge hingewiesen und auch über die finanziellen Entlastungen, die den Kommunen durch diese Maßnahme entstehen.

Neben den auf etwa 170 Millionen Mark zu schätzenden Einparungen aus Lohn- und Arbeitszeitveränderungen und Entlastungen tritt erneut ein Betrag von rund 30 Millionen Mark. Was bedeutet demgegenüber alle schönen Erklärungen des Reichsministers und des Arbeitsministers, daß Lohnkürzungen nicht das letzte Mittel zur Behebung der Krise sein dürfen?

Die Reichsarbeitskommission der Gemeindearbeiter und Straßenbahner und die Bezirksleiter des Gesamtverbandes haben am Sonntag den 1. November zu dem Schiedspruch Stellung genommen. Einmütig war die Beurteilung der neuen Lohnsetzung durch die Konferenzen. Aus zahlreichen Bezirken wurden Erklärungen abgegeben, daß die bisherigen Gemeindearbeiter und Straßenbahner unter keinen Umständen kampflos die neue Kürzung über sich ergehen lassen würden. Da die Schiedsprüche, obwohl in Form und Inhalt gleichmäßig für 25 Bezirke gelten, die bisher in ihren Lohnentscheidungen selbständig waren, haben der Gesamtverband des Gesamtverbandes und die Reichsarbeitskommission die Entscheidung über Annahme und Ablehnung der Schiedsprüche in die Hände der einzelnen Bezirke gelegt, deren Entscheidung in dieser Woche fallen.

Der Gesamtverband läßt jedoch darauf aufmerksam machen, daß Abwehraktionen nur im Einverständnis und mit Zustimmung der Verbandsinstanzen aufgenommen werden dürfen.

Lohnsenkungsaktion der Reichsbahn

Seit Jahr und Tag schreien die Unternehmer nach Beilegung des Gewerkschaftsproblems, der daran schuld sei, daß die Wirtschaft nicht gedeihen könne. Ihnen schwebt der Krisenstohrbrüdenwinter vor, auf dessen Lebensniveau sie die gesamte Arbeiterschaft zurückwerfen wollen. Das im Chorus dieser Arbeitseigenen die Reichsbahn, in deren Verwaltungsrat ja die Oberbahndirektoren sitzen, nicht fehlen darf, ist selbstverständlich. Es ist ja auch bekannt, daß die Reichsbahn das Einkommen eines großen Teils ihrer Belegschaft bisher schon in ganz horrenden Weise gekürzt hat. Nun sollen die Hungerlöhne der Eisenbahnproleten noch weiter gekürzt werden.

Es ist deshalb kein Wunder, daß eine tiefgehende Erregung und stürmische Entrüstung sich des gesamten Eisenbahnpersonals bemächtigt hat. Auch die mittelständischen Eisenbahner haben am Sonntag im „Grünwald“ in Karlsruhe Stellung zu den drohenden neuen Beschlüssen ihrer Existenzgrundlage. Der Gauleiter Schmeider des Einheitsverbandes hatte das einschlägige Sekret übernommen. Er betonte gleich eingangs seiner Ausführungen, daß die Notverordnung der Reichsbahn nicht zwingt, erneute Lohnsenkungen vorzunehmen, denn die Notverordnung enthält nur die Bestimmung, daß die Reichsbahn die Löhne ihres Personals den Löhnen der öffentlichen Betriebe anpassen kann. Es ist aber bekannt, daß doch die Reichsbahn jetzt schon weit schlechtere Löhne bezahlt als die öffentlichen Betriebe.

Bei den Lohnverhandlungen mit der Reichsbahn ist der Vorstehende des Einheitsverbandes, Koll. Scheffel, mit einer solchen Entschiedenheit und Schärfe aufgetreten, daß selbst die Kommunisten ihm die Anerkennung nicht verweigern konnten. Seinem Kampfe um die Interessen der Eisenbahner ist es zu verdanken, daß die Gefahr einer weiteren Lohnsenkung bei der Reichsbahn vorläufig abgewendet ist. Denn der Schiedspruch, daß der bestehende Tarifvertrag bis auf weiteres bestehen bleibt, ist inzwischen für verbindlich erklärt worden. Das hübscheste Wühlen der NSD., die besonders im RAB, Karlsruhe ihr unheilvolles Weien treibt, hat nur zur Folge, daß eine dem Scharlachrotum höchst erwünschte Bewirkerung und eine die Organisation zerstörende Scheu vor dem Betragesablen in die Belegschaft getragen wird.

Angelehnt der Sarzburger Lagung, wo die Industrie- und Finanzkapitalne die Kasse aus dem Saß gelassen haben, ist das Treiben der NSD. und KPD. geradezu ein Verbrechen an den Interessen der gesamten Arbeiterschaft.

Die gut besuchte Versammlung nahm den eindrucksvollen Vortrag mit lebhaftem Beifall entgegen. Die lebhaft einsetzende Diskussion wurde in zustimmendem Sinne geführt und dabei dem Vorstand des Einheitsverbandes und auch der sozialdemokratischen Reichstagsaktion die Anerkennung ausgesprochen für den energischen Kampf, den sie zielbewußt und weit-ausschauend für die Interessen der Eisenbahner sowohl wie der gesamten Arbeiterschaft geführt haben.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 1. November im Restaurant „Grünwald“ in Karlsruhe zahlreich versammelten Funktionäre des Einheitsverbandes protestieren namens der gesamten Mitgliedschaft in letzter Stunde noch einmal mit aller Entschiedenheit gegen die von der Reichsbahnverwaltung erneut geforderte allgemeine Kürzung der Arbeiterlöhne. Die Versammlung bringt, gleich der Eisenbahnerbelegschaft im ganzen Reich, ihre große Entrüstung zum Ausdruck und erklärt eine nochmalige Kürzung der Eisenbahnerlöhne im Hinblick auf den im Frühjahr dieses Jahres durchgeführten allgemeinen sechsprozentigen Abbau und den fortlaufenden großen Verdienstausfall durch Einlegung von Forderungen als völlig untragbar. Sie stellt außerdem an allem Uebelwerk auch ihrerseits fest, daß eine fühlbare Senkung der Lebenshaltungskosten keineswegs eingetreten ist.

Es wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß nach dem vorläufigen Schiedspruch vom 27. Oktober, der eine Vertagung der Entscheidung gebracht hat, der Schlichter auch nach der materiellen Seite den äußerst ungünstigen sozialen Verhältnissen der Reichsbahnarbeiter Rechnung trägt. Nur dadurch könnte eine Entspannung der seit geraumer Zeit, verschärft durch eine fortwährende Verzweiflungskampfung der betroffenen Arbeitnehmererschaft bestehenden unhaltbaren Lage eintreten.

Die entschieden ablehnende Haltung der Verhandlungskommission verdient volle Anerkennung; sie wird in den nächsten Tagen der Entscheidung von der weitestgehenden Unterstützung der gesamten Mitgliedschaft des Einheitsverbandes getragen sein.

Am die zur Zeit einer schmerzlichen sozialen Belastungsprobe ausgelebten Arbeitnehmererschaft der Reichsbahn selbst richtet die Versammlung, in Hinblick auf die durch die herausfordernde Haltung der einzelnen Unternehmerfront kaum vermeidbaren großen Verdienstaussetzungen zwischen Kapital und Arbeit den dringenden Appell zur Einigkeit und Geschlossenheit in der Gewerkschaft, als der unbedingten Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um die Erhaltung der durch Jahre Aufbanarbeit errungenen sozialen Positionen der gesamten Arbeitnehmererschaft.

Aus aller Welt

Selbstmord im D-Jug

Köln, 1. Nov. Im Münchener D-Jug, der gegen 20.30 Uhr in Köln-Mühlheim eintrifft, wurde gestern im Abort eines Wagens dritter Klasse ein etwa 50jähriger Mann erhängt aufgefunden. Sein hinterer Unterarm wies drei tiefe Einschnitte auf. Man fand feinerlei Ausweisepapiere bei ihm, nur eine Fahrkarte von Frankfurt a. M. nach Wiesbaden und einen Geldbetrag von rund 50 RM.

Laufwagenzusammenstoß in der Schweiz

Baden (Schweiz), 31. Okt. Auf der Straße nach Döttingen fuhr ein Lieferwagen in ein Langholz-Lastfahrfahrzeug. Dabei sind zwei mitfahrende Motoristen einer Schlosserei tödlich verunglückt. Den beiden wurden die Köpfe abgedrückt.

Ueberfall auf einen englischen Offizier in Neubabelsberg

Neubabelsberg, 31. Okt. In der Nähe des Ufa-Einganges in der Stahnsdorfer Straße wurde gestern abend von einem unbekannten Mann ein Ueberfall auf einen englischen Offizier verübt. Der Unbekannte verfuhrte, dem Offizier eine Axtentastete mit Pistolen zu entreißen. Als sich dieser zur Wehr setzte, nach der Unbekannte mit einem Messer auf ihn ein und verletzte ihn an der Hüfte. Es stellte sich später heraus, daß es sich bei dem Ueberfallenen wahrscheinlich um den in der Matulshaus-Angelegenheit mehrfach genannten angeblichen irischen Offizier und Sprachlehrer Francis Drake Cornwell handelt.

Schwerer Verkehrsunfall in Monza

Monza, 31. Okt. Eine Straßenbahn rieß hier heute mit einem Lastauto zusammen, auf dem sich 30 Personen befanden. Vier Personen wurden schwer, 21 leichter verletzt.

Der Komponist d'Albert läßt sich scheiden

Genève, 31. Okt. Der Komponist Eugène d'Albert, der sich seit einiger Zeit hier aufhält, hat beim Bezirksgericht die Scheidung seiner Ehe beantragt. Das Gericht hat einen Aufwurf an Frau Silvia d'Albert, deren Aufenthaltsort unbekannt ist, gerichtet, sich hier einzufinden.

Gemeindepolitik

De. Bad. Verwaltungsgerichtshof bestätigt die Rechtsgültigkeit der Einführung des örtlichen Milchbearbeitungszwangs

Bekanntlich wurden in verschiedenen Städten Badens ortspolizeiliche Vorschriften über den Vertrieb mit Milch erlassen, in denen u. a. bestimmt wird, daß alle zum gewerbsmäßigen Vertrieb in diesen Städten bestimmte Milch vor der Abgabe an die Verbraucher in einem amtlich anerkannten Milchwerk einem Reintungs-, Erhitzungs- und Füllungsverfahren unterzogen werden muß und daß die Bearbeitung, soweit die Milch von auswärts eingeführt wird, erst nach der Einfuhr vorgenommen werden darf (örtlicher Milchbearbeitungszwang).

Gegen die rechtliche Zulässigkeit dieser Anordnung wurden Bedenken laut und verschiedene, an der Aufhebung dieser Vorschriften interessierte Milchzeuger hatten Klage beim Verwaltungsgerichtshof erhoben. Der Verwaltungsgerichtshof hat nunmehr über diese Klagen entschieden und die rechtliche Zulässigkeit der Einführung des örtlichen Milchbearbeitungszwanges bestätigt. In den Gründen des Urteils wird festgestellt, daß die nötige gesetzliche Grundlage zur Einführung des örtlichen Milchbearbeitungszwanges durch § 87 a des Po. Str. G. B. und § 10 der Milchverordnung gegeben sei und daß mit der Einführung weder gegen den Grundtatbestand der Gewerbe-freiheit verstoßen werden noch eine Enteignung gleich zu achtend Eigentumsbeschränkung vorliege. Hiernach stehen der Einführung des örtlichen Milchbearbeitungszwanges in Baden Bedenken rechtlicher Art nicht im Wege.

Chefredakteur: Georg Schöfflin Verantwortlich: Polit. Red. Staat Baden, Volkswirtschaft Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Grubeda u. Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten: Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden: Durich, Berichtsetzung, Neuwied, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Parität: Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Rundschau, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Giese, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, Sämtliche Wohnstätten in Karlsruhe in Baden Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft, Politische und Soziale Rundschau

Zur Erlangung schöner weißer Zähne benutzt man zweckmäßig die bekannte gute Chlorodont-Zahnpaste. Versuch überzeugt. Haben Sie sich vor billigen, minderwertigen Nachahmungen.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

2. November

1810 Gewerbefreiheit in Preußen. — 1848 Johann Jacoby: „Es ist das Analak der Könige...“ — 1917 Rücktritt Michailis, Bertling folgt. — 1918 Matrosenversammlung in Kiel. 1922 Türlert wird Republik. — 1928 Hermann Jädel, Vorsitzender des Textilarbeiterverbandes.

Milchpreis 28 Pfg. pro Liter — ein kurzer Traum

Gemeinderat für Milchpreisentzug

Wenige Tage zeigte ein Schild an dem Laden eines Milchhändlers in der Südstadt an, daß er Liter Milch für 28 Pfg. zu haben wäre. Die Hausfrauen, die ein solches Ereignis lebhaft begrüßten, waren der neuen Milchbezugsquelle sehr zugetan. Aber die billige Milch hörte sehr bald zu fließen auf. Der Milchhändler konnte von der Milchzentrale der landwirtschaftlichen Genossenschaft nur dann weiter Milch bekommen, wenn der Verkaufspreis von 30 Pfg. eingehalten wird. So war die Freude der Hausfrauen von kurzer Dauer.

Als Gegenstück dazu können wir einen Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Gemeinderats Ettligen vom 21. Oktober bekannt geben, worin es heißt:

Der Milchhändler Bonitas Merkling aus Schöllbrunn wird in jeder Hinsicht widerrücklicher Weise auf Grund der „Anordnung über den Handel mit Kuhmilch in der Stadtgemeinde Ettligen“ zum Handel mit Kuhmilch in Ettligen zugelassen. Die Zulassung wird an die Bedingung geknüpft, daß entsprechend der Zulassung des neu zugelassenen Händlers der Milchpreis 27 Pfg. pro Liter nicht übersteigen darf; sollte dies nicht eingehalten werden, so wird die Milchhandelszulassung wieder entzogen. Der Gemeinderat vertritt dabei den Standpunkt, daß bei den heutigen Verhältnissen eine allgemeine Senkung des Milchpreises von 30 Pfg. pro Liter unmöglich sein dürfte.

Wir schließen uns der Ansicht an, daß eine Herabsetzung des Milchpreises unter allen Umständen geboten ist. Heute ist die Sachlage die, daß viele Haushaltungen vor die Frage gestellt sind, ob der Milchkonsum noch weiter eingeschränkt oder ganz aufgegeben werden soll. Bleibt der Milchpreis unverändert hoch, dann ist es nicht zweifelhaft, wie die Entscheidung ausfallen wird. Will man die entsetzlichen Folgen aus dem Rückgang des Milchpreises vermeiden, dann muß die Beschaffung von Milch zu mäßigen Preisen auf jede Art und Weise gefördert werden. Wenn der Milchkonsum den Nullpunkt schon erreicht hat, kommt der Preisabbau zu spät.

Der historische November

Mit dem Beginn des Novembers bereitet sich die Natur auf den Winter vor. Gemäß, auch schon der Oktober zeigte mit Farbänderung des Waldes und mit dem Abfallen der Blätter das Absterben der Natur an. Doch die letzten, freudigen Farben des Herbstes ließen in diesem Monat noch kein Gefühl der Hoffnungslosigkeit aufkommen, boten auch keinen Anlaß zu Niedergeschlagenheit und Melancholie. Noch war Sonne und klarer, wolkenloser Himmel der Hintergrund zu der prächtigen Färbung der herbstlichen Wälder. Des alles ändert sich jetzt im November. Die Rüste beginnt einzuliegen, kühlliche Winde legen durch das Land, Regen fällt einträglich, trübselig, graue Wolken hängen tief über der Landschaft. Auch die kirchlichen Feiertage haben sich dem Gesamtcharakter dieses Monats angepaßt und tragen ernste Züge: Allerheiligen, Allerheiligen, Bußtag, der Totensonntag.

Ein Bild auf die historischen Ereignisse des November sei uns dagegen die eigentlich widersinnig erscheinende Tatsache, daß der November, ganz gegen seinen eigentlich trübseligen Charakter, ein Monat der ausbrechenden Glut, ein Monat des Aufstrebens, der Revolution, ein Revolutionsmonat ist! Nun, diese Tatsache ist nicht so paradox, wie es auf den ersten Blick erscheint. Es ist klar, ein Monat, der Hoffnungslosigkeit in sich birgt, der eine niedergedrückte Stimmung zu erzeugen in der Lage ist, kann andererseits gerade durch diese Eigenschaften Kräfte und Wünsche im Menschen erwecken und zur Entfaltung bringen, die geeignet sind, alle Widerstände zu überwinden und eine Besserung der Lebenslage herbeizuführen. Einzelne Daten mögen jetzt die These vom „Revolutionsmonat“ belegen.

Am 1. November 1918 forderte die Sozialdemokratie den Rücktritt des Kaisers. Am 2. November fand in Kiel eine Matrosenversammlung statt. Einen Tag später gaben ernste Kämpfe in Kiel das Signal zur Revolution. Am 7. November war die Ausrufung der Republik Bayern. Zwei Tage danach bricht in Berlin die Revolution aus. Die Republik wird proklamiert, die Hohenzollern flüchten. Dies sind die revolutionären Ereignisse des November 1918 in Deutschland.

Nun einige Merkwürdigkeiten für Novemberunruhen in anderen Jahren und anderen Ländern. Am 7. November 1917 beginnt in Rußland die Regierung der Bolschewisten, nachdem am 1. November die Nachtregierung beschloßen war. Am 17. November 1917 brach in Finnland ein Aufstand aus, der die Regierung der Sozialisten zur Flucht zwang. Am 4. November 1918 wird Polen Republik. Am 2. November 1922 geht auch die Türkei zu dieser Staatsform über. Der Putschversuch Hitlers und Ludendorffs fand am 8. November 1923 statt und war anderen Taten bereits wieder in sich zusammengebrochen. Am 3. November 1925 erfolgte die Auflösung der italienischen faschistischen Partei durch Mussolini. Gehen wir etwas weiter in die Geschichte zurück, so finden wir an revolutionären Novemberereignissen am 9. November 1799 den Sturz des Direktoriums durch Napoleon. Und am 9. November 1848 starb Robert Blum den Märtyrertod für keine revolutionären Ideale.

Von anderen wichtigen Daten des November seien noch erwähnt: Am 1. November 1928 perrieren die Bechenbarone im Ruhrgebiet 218 000 Arbeiter aus.

Am 13. November 1918 schufen die sozialistischen Volksbeauftragten die Emergencylohnbeschränkung. Die „Nationalisten“ von heute suchen nun (einschließlich der Nazis!) diese wichtige Errungenschaft der Revolution zu beseitigen.

Am 20. November 1923 stand die deutsche Mark am tiefsten. Die Inflation hatte ihren Gipfel erreicht. An diesem Tag war ein Dollar 4,2 Billionen Papiermark wert. Daran wollen wir besonders denken. Jetzt, wo das deutsche Großkapital eine neue Inflation der Mark herbeiführt, um seine leichtfertig gemachten Schulden in billiger Papiermark abdecken zu können.

Damit dieses Ziel der Reaktion nicht erreicht wird, müssen wir in diesen Tagen mehr denn je unsere Arbeitskollegen aufklären und zum Mischreiten in unseren Reihen veranlassen. S. 8.

600 sammeln für 40 000

Von der Karlsruher Notgemeinschaft wird uns geschrieben:

600 Frauen und Männer aus allen Ständen der Karlsruher Bürgerschaft werden ab Montag, den 2. November 1931, in ganz Karlsruhe sammeln zur Linderung der auch in unserer Stadt herrschenden überaus großen Not. Von Haus zu Haus, treppauf treppab, werden die ehrenamtlichen Werberinnen und Werber gehen, um an jeder Türe ihre Bitte um Unterstützung des Karlsruher Hilfswerks für den Winter 1931/32 vorzubringen.

Niemand möge sich der Bitte verschließen, denn groß ist die Zahl der in unserer Stadt vorhandenen Notleidenden. 11 500 haben in Arbeitslosen- oder Kriegenunterstützung beim hiesigen Arbeitsamt. Das ist eine Gesamtzahl von rund 25 000 Fällen, die mit ihren Familienangehörigen zusammen mindestens 40 000 notleidende auf die öffentliche Hilfe angewiesene Personen ausmachen.

Dart ist es, aus Arbeit und Verdienst ausgestoßen zu sein und der Allgemeinheit zur Last liegen zu müssen. So hart, das viele noch in glücklicher Lage befindliche Menschen es gar nicht verstehen können. Man frage einmal nur die in der öffentlichen und privaten Wohlfahrtsvereine Tätigen, wie traurig es in den meisten Fällen aussieht. Wenn alle ihren Erzählungen lauschen könnten, dann wäre sicherlich überall ein offenes Herz und eine offene Hand zu finden. Diese Zeiten sollen diese Erzählungen erleben und immer wieder eindringlich ins Gedächtnis rufen, daß Hilfe eines Jeden, der irgend noch zum Geben in der Lage ist, das Gebot dieses Winters und Christenpflicht ist.

Ein nicht zu unterschätzendes Opfer bedeutet es für die Frauen und Männer, die sich als ehrenamtliche Werberinnen und Werber zur Verfügung stellen haben. Nicht überall wird ihnen ein freundliches und gebührendes Gesicht bei ihren Besuchen entgegengebracht. Manches hartes Wort werden sie als Dank für ihre Mühe entgegennehmen müssen. Darum ergeht an dieser Stelle die herzlichste Bitte an alle, die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer der Karlsruher Notgemeinschaft nicht unfreundlich oder gar hart an der Wohnungstür abzufertigen. Ein jeder höre, was die Besucherin oder der Besucher ihm zu sagen hat und gebe, wenn er nur irgend kann. Wer aber wirklich nichts geben kann, der schiebe keine Blöße wenigstens in freundliche Worte. Das gilt auch für die, die selbst Hilfsbedürftig sind. Es kann nicht vermeiden werden, daß nicht auch mal ein Werber an der falschen Türe postiert. Auch die Vorprüfung kann durch einen guten Rat immer noch nützen.

Die Werber der Karlsruher Notgemeinschaft werden in allgemeinen ihren Besuch durch eine Voranzeige, ein freundliches Bittschreiben, anzeigen. Auf der Rückseite dieses Aufschreibens sind alle Möglichkeiten genannt zur Bekämpfung der Hilfsbedürftigkeit. Der Geber kann sowohl einmalige oder laufende Barabgaben leisten, er kann Freistunde für Erwachsene und Kinder in seinem Hause oder Kinder-Freistunde in der Schule spenden, er kann Waren zur Verfügung stellen und er kann letzten Endes auch seine Schränke

und Schubladen öffnen, und all das, was er an gebrauchten Kleidern, Wäscheputzen und Schuwerk entbehren kann, als Spende anbieten.

Jeder Werber und jede Werberin ist im Besitze eines von der Karlsruher Notgemeinschaft ausgeteilten, mit 2 Unterschriften und dem bürgerschaftlichen Siegel versehenen Ausweises. Außerdem führt er eine abgetestete Einzelausweisliste mit sich, die ebenfalls dem bürgerschaftlichen Stempel trägt.

Die Werber sind berechtigt, Spenden in barem Gelde entgegenzunehmen, soweit nicht die Ueberweisung auf ein Konto der Notgemeinschaft (Postfach 22 100, hiesigen Sparkasse 8100, sämtliche Bankstellen) vorgesehen wird. Bei Barzahlung werden die Geber gebeten, sich persönlich in die Einzelausweisliste einzutragen. Die persönliche Eintragung gilt als vorläufige Quittung. Jede Spende über 3 M wird außerdem von der Geschäftsstelle der Notgemeinschaft aus schriftlich bestätigt. Auf Wunsch holen die Werberinnen die als laufende Spende gesicherten Geldbeträge allmonatlich in der Zeit von 1. bis 10. ab. Warenspenden, die als Spenden an Mitglieder usw. werden auf Wunsch in der Wohnung durch die von der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellten Fuhrwerke abgeholt. Es kann auch unmittelbare Anlieferung an das Zentralamt der Notgemeinschaft im alten Bahnhof geschehen, das Montags, Mittwochs und Freitags von 10—13 Uhr zur Entgegennahme von Warenspenden geöffnet ist. Auf den auszugehenden Bittschreiben kann der Geber alle seine Wünsche bezüglich der Abholung der Spenden äußern.

Jeder Geber, der sich zu einer einmaligen Spende von mindestens 5 M oder zu einer laufenden monatlichen Spende von wenigstens 1 M für die Monate November bis mit März 1932 verpflichtet, erhält ein zur Anbringung an der Wohnungstür bestimmtes besonderes Schild mit folgender Aufschrift: „Alle Einzelspenden sind abgegolten bei der Karlsruher Notgemeinschaft. Gültig 1. 11. 31. bis 1. 4. 32.“

Und nun zum Schluß: Der Rechenschaftsbericht der Karlsruher Notgemeinschaft über ihre Tätigkeit im Winter 1930/31 hat bewiesen, daß die im Vorjahr gesammelten Spenden von rund 105 000 M fast reiflos in gerechtester Weise unseren Mitbürgern zugekommen sind. Der bewährte Verteilungsmodus des Vorjahres wird auch diesmal wieder beibehalten, so daß jeder Geber die bestmögliche Gewähr dafür hat, daß seine Gabe tatsächlich auch in die rechten Hände kommt, daß alle parteipolitischen, konfessionellen und standespolitischen Einflüsse bei der Verteilung ausgeschaltet sind und daß jeder in Karlsruhe gesammelte Pfennig auch in Karlsruhe seine Verwendung findet.

Der gewöhnliche Sinn der Karlsruher Bürgerschaft hat sich bisher in jeder Notzeit in erhöhter Opferwilligkeit bewiesen. Auch der Winter 1931/32 wird in Karlsruhe diesen Beweis nicht schuldig bleiben, das sind wir uns sicher.

Darum helfet alle!

Schmig-Weißweiler im Colosseum

Zwei alte Bekannte sind wieder bei uns. Ihre Ansehungsstraße ist noch dieselbe. Der Colosseumsaal dicht beieinander. Diese beiden Köpfe, Komiker, sind wieder aber auch ihr Handwerk in jeder Hinsicht. Sie schärfen ihre Rollen stetig aus. Die inhaltlich wertvollste Angelegenheit erheben sie durch ihre eigene Art der Darstellung zu einem Scherz. So auch bei dem Schauspiel Loge Nr. 6, den die humoristischen Darsteller wirklich ausgezeichnet darbieten. Der Inhalt ist schlüssiger, ein wenig Grottesk, aber die erdige, erdige, eine Dosis Verwechslung und Spitzigkeit, erdige Gramm junges Weibsglied. Alles das wird durch die sprachliche Form der Rollen wieder und beifast herbeizuholen. Der Ort der Handlung ist eine kleine Stadt im Rheinland.

Carl Schmig ist ganz der Typ eines Fabrikanten, der sich bei der Jugend auf dem Wasserball Erholung sucht und der auf Hauhe die strenge Regiment eines Hauspächters ertragen muß. Blenden und desauernd die eindrucksvolle Art der Gesten, Mimik, des Tonfalls und der treffend vollstimmigen Urtöne. Maria Schmig ist die Ulrike, eine Frau, mit dem ganzen Charme eines Hausdrachens. Wirklichsteichselbe Tol. Weißweiler als Beiliebter Hummel. Prächtig die unerlässliche Art der Bauernschäferin. Eine Perle, seine zukünftige (Willa Weißweiler), die Anna, älteres Dienstmädchen bei Schmig. So frisch und so lebendig ist sie allerdings nicht alle Dienstmädchen. Die übrigen Rollen treten diesen zentralen gegenüber sehr zurück. Der Unterhaltungscharakter dieser komischen Spielerei und den anderen ist auch zu groß. Bisher deshalb ein Gesamterfolg.

Die Anwesenden freuten sich über das Gebotene, wie der öftere unpassende Befall bewies. Es lohnt sich herum, wenn eine Sache gut ist. So wird es auch mit diesem Colosseum-Programm sein.

Die Gastwirte gegen erhöhte Biersteuer und Getränkesteuer

Eine Versammlung des Wirtvereins hat zur Einführung der erhöhten Biersteuer und Getränkesteuer folgende Entschlüsse angenommen:

„Die aus allen Zweigen der Berufsgruppen stark besuchte Mitgliederversammlung des Wirtvereins Karlsruhe und Umgebung e. V. erhebt in letzter Minute Klammern und Protest gegen die Einführung der erhöhten Biersteuer und Gemeinderat getränksteuer. Nicht genug damit, daß unter Gewerbe und Gemeinderat Wirtschaftsbereitschaft schon ohnehin nur noch negativ und der Wirtverein wegen der unerschöpflichen Steuerbelastung auf ein Minimum zusammengedrückt ist, soll jetzt der letzte Hebel angelegt werden, um uns durch die ungeduldige aller Steuern vollends zum Erliegen zu bringen. Die Versammlung kann in der durch den Oberbürgermeister erlassenen Steuerordnung kein Mittel erblicken, um in die Finanzen der Stadt Ordnung zu bringen und verwarf sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß unter Berufung auf die Steuerbürtigkeit herunterschwärzt wird, in der sicheren Erwartung, unterem Gewerbe dadurch selbst den Todesstoß zu verfehen. Die Versammlung muß also durch die neue Besteuerung eintretenden Folgen auf den Urheber zurückverweisen und verlangt mit aller Entschiedenheit von dem Herrn Oberbürgermeister, daß er die erlassene Anordnung schnellstens wieder aufhebt.“

Veranstaltungen

Gespiel der Original-Miniatur-Künstler aus Vilnius im Colosseum. Die Miniaturkünstler der Operetten-Zustiel- und Märchenchauspiel-Gesellschaft mit dem kleinsten Mensch, musikalisch sowie artistisch und schauenspielerisch auf der Höhe, werden unter der bewährten Leitung des Theaterdirektors Steuer-Zeilungen zum erstenmal in Karlsruhe im Colosseum am Montag, den 2. bis einschließlich Donnerstag, den 5. November, jeweils nachmittags 4½ Uhr ihre Entfaltungsspiele geben. Die Leistungen dieser kleinen Künstler sind nicht etwas mit denen zu vergleichen, wie sie auf Bühnen oder Zellen gezeigt werden, sondern die Gesellschaft hat in den größten Städten an Theatern ihre Spiele mit Bombenerfolg geteilt. Zuletzt gastierte die Gesellschaft mit allergrößtem Erfolg im Schauspielhaus Weimar, Gera, Neustädter Theater, Stadttheater Bamberg, Stadttheater Regensburg usw. Eine Veränderung des Spielplans ist angekündigt, da die Gesellschaft bereits wieder an vielen Theatern ihre Spiele abgeben wollen. Die Eintrittspreise sind von 50 Pfg. bis 1.80 Mk. Siehe heutige Anzeigen.

An die auf dem Boden der SPD stehenden Funktionäre!

Am Montag, den 2. November, abends 7 Uhr, also eine Stunde vor Beginn des ersten Bildungsvortrages des DGB, findet im Volkshaus eine Zusammenkunft aller auf dem Boden der SPD stehenden Funktionäre der Gewerkschaften, Arbeiterparlamentarier und Arbeiterkammer statt. Tagesordnung: „Die Arbeiterpresse“. Wirtschaftskrisis, Arbeitslosigkeit und Massenelend stellen die sozialdemokratische Presse vor nicht geringe Schwierigkeiten und der Zweck der Versammlung soll sein, den Funktionären Informationen zu geben und weiterhin eine Aussprache herbeizuführen.

Es ist Pflicht aller Funktionäre, sich zu dieser Versammlung einzufinden; denn die Sicherung der Verbreitung unserer Presse und die Aufrechterhaltung und Vermehrung ist die erste Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse.

Die Versammlung ist deshalb am Montag abend 7 Uhr festgesetzt, damit die Funktionäre, da ja doch am gleichen Abend der Bildungsvortrag des DGB, stattfinden, die Ausgaben und die Zeit für eine zweite Sitzung erspart werden.

Die Funktionäre werden gebeten, pünktlich zu erscheinen, damit um 7 Uhr begonnen werden kann, da auch der Bildungsvortrag punkt 8 Uhr seinen Anfang nehmen soll.

Um die Altbahn

Wie man hört, hat sich der bayerische Finanzminister verlässlich dafür eingesetzt, daß der Betrieb der Altbahn aufrechterhalten bleibt, und schließlich die Uebernahme der Bahn durch das Reich oder die Reichsbahn beantragt.

Die Polizei berichtet:

Wegen Körperverletzung, zum Teil erschwerter Art, sowie wegen großen Unfugs und Aufsehung gelangen über Sonntag zahlreiche Personen zur Anzeige. Die einschreitenden Polizeibeamten mußten zum Teil vom Gummihübel Gebrauch machen, da ihnen Widerstand geleistet wurde. Ein lediger 30 Jahre alter Dekorator wird sich wegen Beamtenehrgang zu verantworten haben, weil er die Polizei durch schlimme Drohungen von der Anzeige abzuhalten suchte.

Kraub

Ein unbekannter Täter entritt am Sonntag nachmittag auf dem Weipfah einem 14 Jahre alten Mädchen gewalttätig die Handtasche mit 12 M Inhalt und verdrängte im Gedränge.

Diebstähle

Am Sonntag früh wurde anlässlich einer polizeilichen Kontrolle auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein lediger 45 Jahre alter Medaillier aus Mühlbach festgenommen, der wegen Diebstahls festgenommen wurde. Er hatte einen Landwirt in Kappelrodt die Summe von 250 M und ein Damenhandtasche entwendet. Von dem Diebstahl hatte er noch 245 M im Besitze. Der Täter wurde ins Bezirksgefängnis eingeliefert. — Ueber Sonntag wurden der Polizei drei Fahrrad Diebstähle angezeigt.

Unfall

Am Freitag nachmittag erlitt ein Arbeiter aus Ettligen bei Verladearbeiten in einer Halle am Rheinhafen einen Unterschenkelbruch. Er fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus.

Hermann
TIETZ
Karlsruhe

**Wohlfeile
WOCHEN**

In der III. Etage:
Weihnachts-Ausstellung
Ein Götzen-Tafel

Eine Hilfe
für den
Geldbeutel

Für wenig Geld - Gebrauchsdankbare Waren !!
Für wenig Geld - Den höchsten Gegenwert !!

KAMMER LICHTSPIELE

Kaiserstraße 160

Spielplan von Montag bis Donnerstag:

1. Der Tonfilm der wunderschönen Musik
„Du bist meine ganze Welt“

Das Lied der Nationen
Camilla Noy, 190 Sym, Betty Ammann, Weiß Ferd

2. Nachbesuch am Geheimresor

Spannendes Filmschauspiel mit
Richard Taubaue

Belprogramm! Anfang 3 Uhr 8:00
Letzte Vorstellung 8:30 Uhr

Nirgends gibts so billige Eier
wie bei Martin Mayer 8105

Dienstag, Donnerstag und Samstag
verkaufe ich am Großmarkt bei der
Ettlinger Straße

Eier und Butter

bester Sorten zu staunend billigen Preisen
Ein Besuch meines Marktstandes wird
sich für jede sparsame Hausfrau lohnen

COLOSSEUM

4 Märchenvorstellungen der
Original-Miniatur-Künstler
aus Lilliput

23 wirkliche Zwarge 23 wirkliche Zwarge

Montag, den 2. November
Dienstag, den 3. November
Mittwoch, den 4. November
Donnerstag, den 5. November

Montag und Dienstag 4 Uhr
Das erste Märchen
**Schneewittchen
und die 7 Zwerge**

Märchenchauspiel in 8 Akten mit wirklichen
Zwergen und Musik

Mittwoch und Donnerstag 4 Uhr
Letzte Gastspiele!
Der Froschkönig
und
Im Reiche der Zwerge

Märchenchauspiel in 5 Akten
und vieles andere mehr mit Musik u. Ballett

In allen vier Vorstellungen: **Mukula-Lilian III** Die kleinste und zierlichste
Lilliputlerin in ihren Darbietungen!

Eintrittspreise 30 Pfg. bis Mk. 1,50

Besorgen Sie rechtzeitig Eintrittskarten in
den Zigarrenhäusern **Mayer, Markt** und
Waldstr. 34 sowie **Köhm, Ecke Wald- und
Kaiserstraße**

**Volksbund Deutsche Kriegsgräber-
fürsorge, Ortsgruppe Rastatt**

**Wohltätigkeits
KONZERT**

am Donnerstag, den 5. November 1931,
abends 8:15 in der **Frauenthal** in Rastatt,
zu Gunsten der Kaiser-Winterhilfe

1931/32 unter freundlicher Mitwirkung
des Instrumentalvereins und des Sängerver-
eins der Kaiser-Winterhilfe unter Leitung
des Herrn **ALBERT DIETRICH-Karlsruhe**

Solisten: **Frl. Hildegard Ball** (Sopran), **Frl.
Gretl Emmert** (Klavier), **Herr Schöcher**
(Klarinette) und ein Streichquartett
(die Herren **Althart, Wädicke, Diehl** und
Blumhagen).

Saalöffnung 7:45 Uhr, Beginn 8:15 Uhr
Eintritt: 1 RM. (die ersten 10 Reihen);
0,50 RM. (die hinteren Reihen); keine
numerierte Plätze. Verkauf der Ein-
trittskarten und Programme in der Buch-
handlung **Kronenweh** und am 6. Nov.
ab 7:45 abends an der Abendkasse.

Außerdem werden Rastatter Damen
freundlicherweise in den Häusern Ein-
trittskarten sowie Programme anbieten

Der 1. Vorstand:
Kaether, Oberst a. D.

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen
der Firma **Edo von Kleiderhoff** in Karlsru-
he, Karl-Friedrich-Straße 28, wurde, nach
Verhandlung des im Termin vom 21. d. Mts.
angenommenen Vergleichs, aufgehoben. Das
allgemeine Veräußerungsverbot beruht damit
für die Zukunft seine Kraft. Karlsruhe, den
19. Oktober 1931. Geschäftsstelle des Amts-
gerichts A 4.

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen
der Frau **Friedrich Müller Witwe** geb. Schaffer,
rühler Hofstraße, Karlsruhe, Herrstraße 22,
wurde, nach Befristung des im Termin vom
28. Oktober 1931 angenommenen Vergleichs,
aufgehoben. Das allgemeine Veräußerungs-
verbot beruht damit für die Zukunft seine
Kraft. Karlsruhe, den 29. Oktober 1931. Ge-
schäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

Handelsregister-Einträge

1. Adolphe v. d. R. Heinrich Rieher, Aktien-
gesellschaft, Filiale Karlsruhe, Hauptst. Frankfurt
a. M., Hans-Gustav-Röhr, Kaufmann,
Kronberg i. H., stellvertretendes Vorstands-
mitglied 26. X. 31.

2. Tabak- und Zigarettenfabrik „Stambul“ Kurt
Borg, Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
Karlsruhe. Durch Gesellschaftsbeschluss vom
18. September 1931 wurde der Sitz der Firma
nach Offenbach a. M. verlegt und der Gesell-
schaftsvertrag in § 1 entsprechend geändert.
Der Wegger ist nicht mehr Geschäftsführer.
27. X. 31.

3. Badischer Anzeigen-Verlag, Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, Karlsruhe, August
Wegger ist nicht mehr Geschäftsführer. An
seiner Stelle wurde Reinhold Ratter,
Osthmann, Zedlitz, Durlach-Aue, bestellt.
30. X. 31.

4. G. Lorenz, Aktiengesellschaft in Berlin mit
einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Durch
Beschluss des Aufsichtsrats vom 24. Juni 1931
wurde der Gesellschaftsvertrag in § 4 (Globalaktien) und § 16 (Antst. d. Aufsichtsrats) geändert. Edward Ditt
Hilfsmittel ist nicht mehr Vorstandsvorsitzender.
Jens Rade-Wig, Professor, Berlin-Ghar-
lottenburg, Die Statuten Dr. Balli sind nicht
mehr in der Gesellschaft angeschlossen. Johann
Wattias und Bronislaw von Schöndt sind
erloschen. 31. X. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Handelsregister-Einträge

1. Von Regel v. d. R. Karl Bonning, Karlsru-
he. Die Firma ist erloschen. Der Inhaber
ist handwerklich und führt den handwerklich-
mäßigen Druckerbetrieb weiter. 26. X. 31.

2. Steinbrener & Co., Filiale Karlsruhe, Haupt-
sitz Winterberg (Schöppen) Johann Steinbrener
ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Johann
(Hans) Thomas Steinbrener und Dr. Hubert
Steinbrener, beide Fabrikant, Winterberg,
sind als persönlich haftende Gesellschafter
eingetreten. 29. X. 31.

3. Dr. W. Wintemeyer, Kommanditgesellschaft,
Karlsruhe mit Beginn am 1. Oktober 1931.
Persönlich haftender Gesellschafter: Emil
Wilhelm Gustav Wintemeyer, Kaufmann,
Karlsruhe. Es ist ein Kommanditist bestellt
(Kasse- und Nebenmittelschäft, Karlsruhe).
4. Valentin Haag, Karlsruhe-Wahlburg. Die
Erlöse der Kart. Haag sowie die Firma sind
erloschen. 31. X. 31. Amtsgericht Karlsruhe.

Güterregister-Einträge

1. In Band II Seite 174: Oswald Roggenbier
Eigentümer, Karlsruhe und Zierfeld. Ein
Kaufvertrag vom 5. August 1931. Vorbe-
haltsgut der Frau.

2. Seite 175: Lammers Eduard, Aufschneider,
Karlsruhe und Frieda geb. Reiner, Vertrag
vom 23. September 1931. Gütertrennung.
29. X. 31. Amtsgericht Karlsruhe. 2068

Radio-Vertrieb
Elektro-Reparatur-Werkstätte
Jost & Hug, Adlerstraße 9

Kinderbett
nebst mit neuer Matz,
15 Mark zu verkaufen
Häppnerstr. 19, I

Kapok-Matratzen
aus bestem Kapok
in gutem Drell 72.- 58.- 48.-
M. Kachur, Kaiserstraße 19.

100 Stunden Rekord-Preise!

für **Kleider-Stoffe**
und **Mantel-Stoffe**

Etwas Außergewöhnliches! Einige Beispiele:

Kleider-Tweeds neueste Must.	Mtr. Mk.	-75 -95 1.35 1.50
Mantel-Stoffe reine Wolle, 140 br.		1.75 2.75 3.75 4.50
Woll-Crepe-Cad dopp. dr., viel Farb.	1.35	
Vistra-Velourine 100 br., vorz. Qual.	2.75	
M-rocain, Wolle mit Seide, 100 cm breit.		1.50
Farben-Sortiment	2.50	
		1.50
		4.90

Der Verkauf beginnt
Montag 1./9 Uhr

Der Ausverkauf von Damen Mäntel
wegen Aufgabe dieses Artikels
mit 20-50% Rabatt
endet Samstag, den 7. November

„Bölander“
DAS HAUS DER GUTEN WEIßWÄDEN

Zwangs-Versteigerung.
II V.T. 43/31.

Am Zwangswege versteigert das No-
tariat am
Donnerstag, den 7. Januar 1932,
nachmittags 3 Uhr,

in seinen Diensträumen Kaiserstraße 184,
II. Etod, Zimmer Nr. 14, das Grund-
stück des Defar Kircke, Wintemeyer im
in Karlsruhe, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Abordnung der Versteigerung
wurde am 25. September 1931 im
Grundbuch vermerkt. Die Nachmel-
dungen über das Grundstück samt Schätzung
sind jedermann einsehbar. Rechte, die
am 25. September 1931 noch nicht im
Grundbuch eingetragen waren, sind ipso
facto in der Versteigerung vor der
Aufforderung zum Bieten anzuzeigen
und bei Widerspruch des Gläubigers
glaubhaft zu machen; sie werden sonst
im geringsten Gebot nicht und bei der
Erlösverteilung nicht berücksichtigt.
Des Gläubigers und nach den übrigen
Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht
gegen die Versteigerung hat, muß das
Verfahren vor dem Zuschlag aufheben
oder einstweilen einstellen lassen; sonst
trifft für das Recht der Versteigerung
erlös an die Stelle des verfallenen
Genussanspruchs.

Grundstücksbesitzer:
Grundbuch Karlsruhe, Band 73, Blatt 8;
Fol. Nr. 1458; 4 a 36 am Dreifeld —
Kriegsstr. Nr. 70.

Auf der Hofreite steht:
a) ein vorn fünfseitiges und hinten
einfaches Wohnhaus mit gewölb-
tem Keller.
b) ein vierseitiger Wohnbau links
mit gewölbtem Keller.
c) ein einseitiger Seitenbau mit Reich-
tüche und Verkleidung.
d) ein einseitiges Magazin links hinten.

Schätzungswert:
a) ohne Zubehör 70 000 RM.
b) mit Zubehör 70 168 RM.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1931. 2052
Badisches Notariat II Karlsruhe
— als Vollstreckungsamt —

Kleingärten.

1. Kleingartenbesitzer die ihre Gärten nicht mehr
selbst bewirtschaften wollen, werden gebeten,
dies schriftlich, oder auf dem Rathaus III. Etod,
Zimmer Nr. 6, mündlich abzumelden. Es wird
ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß
eine Weiterverpachtung oder Weitergabe der
Gärten an Dritte ohne Genehmigung der Stadt
nicht gestattet ist. Der Dritte hat hierbei zu
gewährleisten, daß ihm der angepflanzte Garten
mitten im Jahre ohne irgendwelche
Entschädigung unentgeltlich wird. Der alte
Besitzer hat ohne Rücksicht hierauf den Nach-
wuchs zu bezahlen. 2053

2. Neu-Anmeldungen für Kleingärten werden,
sofern es in diesem Späthjahr noch nicht ge-
schähen ist, ebenfalls auf dem Rathaus III. Etod,
Zimmer Nr. 6, entgegen genommen.

3. Bei dieser Gelegenheit wird darauf hinge-
wiesen, daß zu einer ordnungsgemäßen Bewir-
tung des Kleingartenes auch die In-
haltung des Gartens vor den Gärten
gehört. Es ist verboten, Gartenabfälle und
sonstigen Unrat auf den Weg zu lagern oder
in die Abwassergräben zu werfen. Die Abwas-
sergräben dürfen weder zugeworfen noch tierer-
zeugnisse oder dergleichen hineingeworfen
werden. Auch ist ein
Stauen des Wassers ohne besondere Erlaubnis
des Stadt nicht gestattet.

Es wird weiter darauf aufmerksam gemacht,
daß derlei Kleingartenbesitzer der seinen
Kleingarten nicht ordnungsgemäß bewir-
tucht oder die Erzeugnisse, wenn auch nur
teilweise, gewerbemäßig verkauft oder seinen
Kleingarten (z. B. als Adermäße) (mit
Nähen, Kleie u. dgl.) anbau, den Entzug des
Kleingartens zu gewärtigen hat. 2054
Durlach, den 31. Oktober 1931

Der Oberbürgermeister

Trauringe
In Gold
das Paar 12 Mk. an
empfehlen
Chr. Fränkle
Goldschmied
Karlsruhe, Passage

Obst-Verkauf

Am Dienstag und Mittwoch, den 3.
und 4. November, jeweils vormittags
8 Uhr beginnend, findet im Kaffee No-
wad, Karlsruhe, Ettlinger Straße, ein
weiterer Obstverkauf statt. 7998
Badische Landwirtschaftskammer.

Über 100 gut erhalt.
**Maß Anzüge
Mantel, Überz.**
b. 10.4 an in all Gr.
u. Farb., low Geb-
rod, Emoting u.
Entwöhnung,
Sofen, Foppen,
neu u. geb., sowie
Gelegenheitspost.
neue, in Qualität.
Anzüge u. Mäntel
staunend billig
Züngerstr. 53 B, II

Wäsche wird 4 Hüden
u. Wäschern angenommen
Züngerstr. 1. 11.
bei Schmal. 81541

Wohnung
Krochens Brennholz,
dientfertig, hoch und
tannen gemischt. Preis
RM. 1.70. Fein
gehaltene Kaminfeuerholz,
30 Bündel RM. 4.50
drei Keller Karlsruhe u.
Umgebung 1992
Schreyb & Co.
Dahlhölzung
Zurmerheim

**Badisches
Candestheater**

Montag, 2. Novemb.
8-6
Tf. - Gem. II S.-Gr.
und 301-400

Simson

Schauspiel
von Hermann Burte
Symbolischer Vorbild
Regie: Baumbach
Dirigent: Philipp
Mitwirkende: Bertram
Gehardt, Erbig,
Frauendörfer, Seiling,
Hebelein, Heber Siebert,
Hübner, Ernst,
Gemmeler, Herz, Hiel,
Höfer, Hopf, Kien-
schner, Kühne, Luther,
Rehner, Müller, Brüder,
Schulze, b. d. Trend,
Gertling, G. d. Rian,
Kleinbusch, Lindemann
Anfang 19.30 Uhr
Ende 22.45 Uhr
Brettle B. 0.70-4.20 Mk.
2054

Die 3. 11. Am weichen
Abst. RM. 4. 11. 2. Ein-
fonie-Konzert 20.5.11
Prinz Friedrich von
Somburg Nr. 6. 11.
Die Prinzessin auf dem
Feld. Sa. 7. 11. Rina.
So 8. 11. nachmittags
Habine. Abend. Preis-
land. Am Konzerthaus.
Frauen haben das gern.
Karlsruhe 45, S. 11.

Wetterer-Jah. Mann,
möglichst mit eig. Bei-
und Schranz, findet an-
nehmliches Heim bei
finanziell Ehepaar mit
voller Koth zum Freize-
von 10.4 Wohnung liegt
partiere. Vor. zu ertrag
unt. Nr. 8107 im Volkstr.

Erlitt, eleg. Anzug,
dell Schneiderarbeit, mit-
tere, leicht, Figur, 4 m l.
setrag, wie neu 35 RM.
Eleg. hochgeizt. Geb-
rodanzug, gr. fig. keine
Kasack. b. neu 40 RM.
Preiswert 160 RM. Auch
Sommer, den ganzen Tag
anzug. Karlsru. 132 pt.

Wer gibt gegen mäßige
Verdichtung gebrauchten
kleinen Wagen zum Soli-
sammeln im Walde an
älteren Erwerbenden ab?
Adr. Jansenstr. 88, II.

Gut erhalt. zweifacher
Kleiderkasten sowie
gut erhalt. Wäschstom-
mode n. Marmorplatte
(ohne Spiegel) zu ver-
kaufen gesucht.
Angebot unter Nr. 8098
an den Volksfreund.

Radio 5 Röhren, Wal-
ter, empfehlend,
mit Akkumulatoren a.
Preis von 90 Mark zu
verkaufen. Anträge
unter L 1545 an den
Volksfreund.

2 Einmachbüchle,
20 und 35 Liter, billig
abzugeben. Nachfragen
Tisch. 21642
Karlsruhe 45, S. 11.

**WINTER
1931
1932**

wir
wollen
helfen!

Selt bitte alle zur
Winternothilfe 1931/32

Arbeiter! Berücksichtigt bei Eueren
Einkäufen stets die Inter-
essanten dieser Zeitung!